

# Für eine lebendige Wissenschaft des Politischen

*Umweg als Methode*

Herausgegeben von Thomas Greven  
und Oliver Jarasch

Wer Wissenschaft betreibt, muß Veränderung wollen. Doch Kritik am Bestehenden kann legitim nur leisten, wer sich nicht kaufen läßt. Je mehr die Universität unter wirtschaftlichen Rechtfertigungsdruck gerät, desto klarer müssen sich Wissenschaftler über die Grundfrage ihres Tuns werden: Die Frage nach der Distanz zur Macht.

Der Charakter dieser Frage verbietet eine autoritative Antwort. »Umwegen« sind angesagt. Die Beiträge dieses Bandes laden unter den drei Generalthemen »Universität und Gesellschaft«, »Kritische Friedensforschung« und »Kunst und Politik« zu solchen Umwegen ein.

*Für eine lebendige Wissenschaft des Politischen* erscheint zum 65. Geburtstag von Ekkehart Krippendorff.

Suhrkamp

»Denn angesichts der Heterogenität und Interessendivergenz der NGOs ist die Gefahr ihrer wechselseitigen Neutralisierung in einem derartigen globalen Forum groß. Dessen Konsensempfehlungen würden die der Regierungen in ihrer Belanglosigkeit wohl eher noch übertreffen.«<sup>11</sup>

Eine gänzlich andere Qualität und Effizienz hätten demgegenüber UN-Foren bzw. Räte, wenn sie (a) für einzelne globale Problemfelder wie Frieden, Umwelt und Entwicklung, Frauen, Kinder, Flüchtlinge etc. eingerichtet und (b) mit Kompetenzen, die über bloße Beratung der UN-Vollversammlung hinausgehen, ausgestattet würden. Diese voneinander unabhängigen separaten Foren müssten allerdings aus den auf den jeweiligen Problemfeldern arbeitenden NGOs zusammengesetzt werden. Ein Ziviler Friedensrat der UNO wäre die erste zivilgesellschaftliche Einrichtung der Vereinten Nationen für die Vorbereitung einer neuen Weltordnung, in der zivile Mittel der Konfliktbearbeitung erstmalig eine echte Chance erhalten, die Ära der Friedenspolitik ohne Militär einzuleiten.

## Karl Kumpfmüller Neutralität und Bündnisfreiheit: Auf dem Weg zu militärfreien Friedenszonen

»Der Menschheit Sehnsucht heißt Frieden. Ihm aber stehen unsere Armeen im Wege, auch die helvetische. Um es bildlich zu sagen: Wir kommen auf einer Bergwanderung an eine gefährliche Stelle. Wir stützen uns auf ein Geländer, das nicht mehr zeitgemäß und verrostet ist, und stürzen mit ihm in die Tiefe.«

*Werner Egli, Schweizer Sozialdemokrat und Mitbegründer der Gruppe Schweiz ohne Armee*

Das seit 1907 im Haager Abkommen völkerrechtlich verankerte Institut der (dauernden) *Neutralität*, aber auch die im Ost-West-Konflikt praktizierte Politik der *Bündnisfreiheit* (sog. *non-alignment policy*) sind seit der Auflösung des Warschauer Paktes (1. 7. 1991) Gegenstand intensiver politischer und wissenschaftlicher Debatten und Kontroversen. Während traditionelle Politik und Wissenschaft insbesondere dem Institut der Neutralität nach dem sogenannten Ende des Ost-West-Konfliktes jegliche Bedeutung und Berechtigung absprechen und für die Eingliederung sowohl neutraler und bündnisfreier als auch bis dahin paktgebundener Staaten in die Westliche Allianz (sog. NATO-Ost-Erweiterung) eintreten, sind es gerade kritische Wissenschaftler und Politiker mit pazifistischer Grundhaltung, die in Paktungebundenheit und Neutralität ein ideales Instrumentarium für eine grundlegende Demilitarisierung, fortschreitende Entspannung, freundschaftliche Annäherung und echte Friedenssicherung sehen.

Da die gegenwärtige politische Diskussion über NATO-Beitritt oder Beibehaltung und Neugestaltung der Neutralität bzw. Bündnisfreiheit nicht nur in Österreich und der Schweiz, sondern auch in Finnland, Irland, Malta, Schweden und vielen osteuropäischen Ländern mit großem Engagement geführt wird und damit implizit die Weichen für das grundsätzliche Verhältnis zum Militärischen und der Sicherheit in Europa gestellt werden, scheint eine – in den europäischen Großstaaten bisher wenig beachtete – wissenschaftliche und politische Debatte und Auseinandersetzung mit dem ge-

11 Ebd., S. 3.

wandelten Selbstverständnis von Neutralität und Bündnisfreiheit notwendig und nutzbringend. Denn gerade heute sind es die neutralen und blockungebundenen Staaten Europas, die, einem pazifistischen Postulat folgend, die historische Chance haben, keine neuen Militärpakte einzugehen, substantiell abzurüsten und sich der allgemeinen Militärlogik zu entziehen. Daraus könnten militärfreie Friedenszonen in Europa entstehen. Erweitert man die Perspektive bis in die Mitte des nächsten Jahrhunderts, so wird sich wahrscheinlich bereits in den nächsten Jahren entscheiden, ob ein neues dynamisches Neutralitätsverständnis auf pazifistischer Grundlage eine realistische Alternative zur traditionellen Bündnislogik mit einem immer noch enormen militärischen Droh- und Vernichtungspotential bildet – also eine andere Art von Sicherheitspolitik für zentrale Teile Europas, die auch erstmals einen vollständigen Verzicht auf Militär und Rüstung beinhaltet.

### Die Rolle der kritischen Wissenschaft

Damit diese Alternative nicht als bloßes utopisches Wunschdenken abgetan werden kann, ist wissenschaftlicher Sachverstand nötig. Es ist zweifellos das besondere Verdienst der kritischen Sozialwissenschaft, insbesondere der kritischen Friedensforschung, theoretische Konzepte und ein praktisches Fundament für eine Politik der einseitigen Abrüstung und des vollständigen Gewaltverzichts von Einzelstaaten im Bereich der internationalen Beziehungen entwickelt zu haben.

Entscheidende Vorüberlegungen und Vorarbeiten sind dabei vor allem von Ekkehart Krippendorff geleistet worden. Da er als einer der profiliertesten und konsequentesten Warner vor jeder Form des Militarismus selbst in sogenannten reinen Verteidigungsarmeen neutraler Kleinstaaten die alte »historische Logik politischer Unvernunft« fortgesetzt sieht – da auch sie einen potentiellen Krieg und das Inhumane an sich nicht ausschließen –, hat er bereits vor vielen Jahren die völlige Auflösung des Militärs in Österreich und der Schweiz, später auch in anderen Staaten als realpolitische Forderung theoretisch begründet.

So folgerte er bereits 1982 in kritischer Analyse der Postulate österreichischer Friedens- und Neutralitätspolitik:

»Warum hat Österreich noch ein Heer, einen Militärapparat mit allem (außer den entwickeltsten Waffensystemen), was dazugehört? Jedermann weiß, daß Österreich nicht realiter verteidigt werden kann gegen einen möglichen, dazu fest entschlossenen Angreifer, als der konkret je nur eine der beiden Großmächte bzw. einer ihrer Block- und Bündnispartner in Frage käme. Wäre es nicht in der Tat die logische Konsequenz in Ihrer Situation, auf ein politisches Instrument zu verzichten, das eine ihm zugeordnete Funktion auf keinen Fall erfüllen kann? Ist Ihr Militär nicht ein funktioneller Anachronismus? Wenn nein – wie stellen Sie sich und unter welchen denkbaren Umständen seinen Einsatz vor, der sich von dem einer Bundesgrenztruppe unterscheidet? Wenn ja – warum lösen Sie Ihr Militär nicht auf und machen (Sie könnten es!) jenen qualitativen Sprung nach vorn, auf den so viele hoffen, daß irgend jemand in der Welt den Mut dazu aufbrächte, nämlich die einseitige Abrüstung?«<sup>1</sup>

In gleicher Konsequenz unterstützte er von Beginn an die ebenfalls 1982 ins Leben gerufene »Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA)«, deren zentrales Selbstverständnis in Übereinstimmung mit seiner Theorie lautet, daß »Kleinstaaten wie die Schweiz oder Österreich gerade ihrer militärischen beschränkten Bedeutung wegen die Freiheit hätten – aus der Erkenntnis, wonach »Waffen und Rüstung nicht länger in der Lage sind, als Instrument der Politik zu dienen« –, die angebrachten Konsequenzen zu ziehen und es ohne Waffen und Rüstung zu versuchen.«<sup>2</sup>

Neben der Kleinstaatlichkeit sieht er gerade im völkerrechtlichen Status der Neutralität die ideale Voraussetzung für eine Vorerreiterrolle im Bereich umfassender Abrüstung. In aller Entschiedenheit lehnt er daher die Behauptung konservativer und rechter Kreise, die Neutralität sei nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes obsolet geworden und daher nicht mehr zu beachten,<sup>3</sup> ebenso ab wie deren Postulat, daß eine zukünftige *Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik* (GASP) der Europäischen Union nur unter den

1 Ekkehart Krippendorff: »Kriegsgefahr, Rüstung und staatliche Gewalt«, in: Karl A. Kumpfmüller (Hg.): *Friede, Kultur und Politik*, Eisenstadt 1983, S. 25.

2 Andreas Gross, Fitzgerald Crain, Bruno Kaufmann (Hg.): *Frieden mit Europa. Eine Schweiz ohne Armee als Beitrag zur Zivilisierung der Weltinnenpolitik*, Zürich 1989, S. 16.

3 So schreibt bereits 1990 Andreas Khol als Berater des österreichischen Außenministers Alois Mock in einem internen Papier der Österreichischen Volkspartei zur künftigen Außen- und Sicherheitspolitik: »Der politische Hintergrund, die politische Verpflichtung zur ständigen Neutralität fallen dahin. Damit kann Österreich frei über seine Neutralität verfügen.« Aus: *Profil*, Nr. 41, 9. 10. 1990, S. 42.

Prämissen eines NATO-Bündnisses und der bedingungslosen Integration aller bisherigen Nicht-Mitglieder, auch der neutralen, in diesen Militärpakt zu gestalten wäre. Vielmehr vertritt er die Gegenposition, daß »diese militärische Schwerkraftbildung zu überwinden und die Geschichte der Neutralität wieder positiv zu besetzen« sei. »Neutralität erfordert ein höheres Selbstbewußtsein.«<sup>4</sup>

### Neutralität oder NATO-Beitritt

Die Zukunft der Neutralität in Europa hängt zu einem guten Teil von der Entwicklung der NATO und deren Verhältnis zur EU ab. Da Politik und Strategie der NATO für absehbare Zeit weiterhin durch eine starke US-Hegemonie geprägt sein werden, schenken die EU- und NATO-Verantwortlichen in Brüssel den neutralen Kleinstaaten wenig Beachtung.

Das »Neue Strategische Konzept« der NATO, das nach dem im Dezember 1997 von NATO-Rat und den NATO-Außen- und -Verteidigungsministern festgelegten *Terms of Reference* von der *Policy Coordination Group* erarbeitet wird, scheint der Eigenständigkeit und Mittlerfunktion der »Neutralen« keine Bedeutung zuzumessen. Da es sich vielmehr »um eine Fortschreibung politisch-militärischer Grundlagen« handelt, konzentriert sich die NATO nach wie vor auf die »Kernfunktionen der kollektiven Verteidigung und der transatlantischen Bindung.«<sup>5</sup> Lediglich hinsichtlich Proliferationsbekämpfung und der Notwendigkeit friedensschaffender Maßnahmen soll das Konzept erweitert werden. Dazu kommen noch der NATO-Mittelmeer-Dialog, die NATO-Ukraine-Kommission und die Einbindung der künftigen NATO-Mitglieder Polen, Ungarn und Tschechische Republik. Das diffizile, für die europäische Sicherheitsarchitektur äußerst wichtige Verhältnis zu den neutralen und bündnisfreien Staaten und deren

4 Vgl. Christian Stenner: »Schwerkraftbildung des Militärischen«, *Österreich am sicherheitspolitischen Scheideweg*, in: *KORSO*, Graz, Juli 1998.

5 Vgl. Karl-Heinz Kamp: »Das neue strategische Konzept der NATO: Entwicklung und Probleme«, Arbeitspapier der Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin, Aug. 1998. Vgl. auch Hans Rühle: »Das Zeitalter kollektiver Sicherheit muß warten. Weiterhin entscheidende Rolle der Nato in Europa«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 20. 8. 1997, S. 5, und Michael Rühle: »Die NATO in der europäischen Sicherheitsarchitektur«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 25./26. 7. 1998.

Rolle in der künftigen Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU wird nicht näher in Betracht gezogen. Man begnügt sich vorerst offensichtlich mit deren Einbindung in das NATO-Konzept »Partnership for Peace« und rechnet mit einer schleichenden oder De-facto-NATO-Integration zumindest einzelner dieser Staaten zu einem späteren Zeitpunkt.<sup>6</sup>

Eine Entscheidung, ob sich die Europäische Union in ihrer erst zu definierenden »Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik« die neuen NATO-Strategien völlig zu eigen macht oder den Ausbau der Westeuropäischen Union (WEU) zu einer weitgehend eigenständigen europäischen Verteidigungsgemeinschaft mit oder ohne Beachtung einer Sonderstellung neutraler EU-Mitglieder vorantreiben wird, ist zur Zeit noch völlig offen, auch wenn eine deutliche Mehrheit vor allem konservativer Militärstrategen und Politiker für die NATO-Option votiert.<sup>7</sup> Infolge klassischen Großmachtdenkens übersehen die NATO-Befürworter dabei die historisch gewachsene Eigenständigkeit und das durch jahrzehntelange, wenn nicht sogar jahrhundertelange Erfahrung bestärkte Eigeninteresse der neutralen Staaten, aber auch die künftige Rolle nunmehr blockungebundener Kleinstaaten in Südost- und Osteuropa.

Das Weiterbestehen der Neutralität bzw. Blockfreiheit eröffnet den neuen Demokratien des Ostens eine echte Handlungsalternative zu NATO-Integration und Aufrüstung mit dem damit verbundenen Bedrohungsszenario gegenüber der Russischen Föderation. Dies scheint besonders wichtig vor dem Hintergrund einer schweren ökonomischen Krise, der damit verbundenen politischen Radi-

6 Vgl. dazu die Einschätzung von Karl-Heinz Kamp, dem Leiter der Abteilung Außen- und Sicherheitspolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung: »Instead, one could argue that a realistic limit for enlargement – at least for many years – is likely to be reached after the five countries mentioned in Madrid plus the European neutrals – Sweden, Austria and perhaps Finland – have joined the Alliance [...]. Europe's »Western« neutrals like Sweden and Austria – always close to NATO in the past – have a de facto permanent right of accession [...]. For the time being, however, none of the neutrals has seriously expressed any intention to join NATO soon.« Karl-Heinz Kamp: »NATO Entrapped: Debating the Next Enlargement Round«, in: *Survival. The International Institute for Strategic Studies' Quarterly*, London, Vol. 40, No 3, Autumn 1998, S. 172.

7 Vgl. dazu das CDU-Strategiepapier vom September 1996: *Die Weiterentwicklung der gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union in der Regierungskonferenz 1996. Beschluß des Bundesausschusses Außen- und Sicherheitspolitik der CDU Deutschlands.*

kalisierung und eines wachsenden Nationalismus in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion.<sup>8</sup> Warum sollte nicht gerade das in Zeiten des Ost-West-Konfliktes bewährte Institut der Neutralität angesichts neuer Krisen und Auseinandersetzungen in den Ost-West-Beziehungen auch für diese Staaten Entspannung, Prosperität und Sicherheit bringen?<sup>9</sup>

Es stellt sich weiter die Frage, ob es sich nicht auch hier um einen von Krippendorff wiederholt konstatierten Mangel der politischen Klasse an praktischer Vorstellungskraft und alternativem Denken handelt. Es entspricht der herkömmlichen Rüstungs- und Militärlogik, daß infolge vorherrschender Perspektivlosigkeit und des Ungnügens traditioneller Politik und Politikwissenschaft die in den internationalen Beziehungen äußerst wichtige Vermittler- und Modellfunktion der neutralen und bündnisfreien Staaten übersehen wird, ohne die es z. B. nicht zum entscheidenden Durchbruch bei den Verhandlungen im Rahmen des KSZE-Prozesses gekommen wäre und die für die künftige Integration osteuropäischer Staaten in ein gemeinsames Europa von ebenso großer Bedeutung sein könnte.

### Neutralität und Militärfreiheit

Am 1. 1. 1995 wurde die Europäische Union durch die Integration dreier neutraler Staaten (Finnland, Schweden, Österreich) erweitert. Dadurch hat sich das Problem der Gestaltung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik verkompliziert und von einer Vereinheitlichung im Sinne der sog. Fusions- oder Symbiose-These<sup>10</sup> erheblich entfernt. Auch wenn die konservativen Politiker

8 So betont etwa der ehemalige stellvertretende Außenminister der Russischen Föderation, Andrej Fedorow, daß den neutralen Staaten eine besondere Bedeutung in Hinblick auf eine Entspannungspolitik angesichts der drohenden NATO-Ost-Erweiterung zukäme, wenn sie ihre Rolle nicht traditionell abstinent, sondern dynamisch vermittelnd begriffen. Vgl. *Neue Zeit*, Graz, 15. 5. 1998.

9 Heute zählen die neutralen Länder Westeuropas zu den prosperierendsten Staaten der Welt, wenn man die wichtigsten Indikatoren der OECD-Statistiken vergleicht: Pro-Kopf-Einkommen, Arbeitslosigkeit, Inflation, Sozialstandards.

10 Vgl. Maximilian Schröder: »Europäische Union und Mitgliedsstaaten – Auf dem Weg zur Symbiose?«, in: Paul Kevenhörster/Wichard Woyke (Hg.): *Internationale Politik nach dem Ost-West-Konflikt. Globale und regionale Herausforderungen*, Münster 1995, S. 146ff.

der neuen Mitgliedsländer gemeinsam mit der Mehrheit der politischen Klasse in den europäischen Großstaaten diese völkerrechtliche Besonderheit realpolitisch kaum noch beachten und ihre Außen- und Sicherheitspolitik im Einklang mit NATO-Interessen gestalten, so kann doch nicht übersehen werden, daß Neutralitätsstatus und Bündnisfreiheit noch lange verbindliches Recht auch für die Brüsseler Administration darstellend werden.<sup>11</sup>

In Österreich ist erst im Frühjahr 1998 eine weitreichende Entscheidung gefallen. Die stimmenstärkste Partei in der Koalitionsregierung (Sozialdemokratische Partei Österreichs – SPÖ) hat den Ambitionen des christdemokratischen Koalitionspartners (Österreichische Volkspartei – ÖVP), die Neutralität als »überholt und nicht länger beachtenswert« aufzukündigen und möglichst rasch die Vollmitgliedschaft Österreichs in der NATO zu beantragen, eine klare Absage erteilt: »Die SPÖ zieht unter den gegebenen Umständen eine Mitgliedschaft in der NATO nicht in Erwägung.«<sup>12</sup> Österreich wird daher für absehbare Zeit seinen internationalen Status der immerwährenden Neutralität nicht aufgeben.

Auch die EU-Länder *Irland*,<sup>13</sup> *Schweden*<sup>14</sup> und *Finn-*

11 Vgl. z. B. Manfred Rotter: »Neutralität ist geltendes Recht, und zwar zweifach«, in: *Salzburger Nachrichten*, 22. 7. 1996, S. 36.

12 Resümee der Sicherheitspolitischen Arbeitsgruppe der SPÖ, Wien, März 1998.

13 Zum Eigencharakter irischer Bündnisfreiheit vgl. Stephan Nonhoff: *In der Neutralität verhungern? Österreich und die Schweiz vor der europäischen Integration*, Münster 1995, S. 134ff.

14 So stellt die schwedische Regierung seit vielen Jahren (auch nach dem EU-Beitritt 1995) anlässlich der außenpolitischen Debatten im Reichstag unmißverständlich und nahezu formelhaft ihr Festhalten an Bündnisfreiheit und Neutralität fest: »Wir entwickeln die Zusammenarbeit mit der NATO in allen Bereichen mit Ausnahme der Landesverteidigung und der gemeinsamen Verteidigungsaufgaben. Schwedens militärische Bündnisfreiheit, die darauf abzielt, daß unser Land im Fall eines Krieges in unserem Nahbereich neutral sein kann, bleibt bestehen.« (Regierungserklärung anlässlich der außenpolitischen Debatte im Reichstag, 12. 2. 1997) »Schwedens militärische Bündnisfreiheit mit dem Ziel, die Neutralität unseres Landes bei Krieg in unserem Nahbereich beizubehalten, besteht.« (Regierungserklärung, abgegeben vom schwedischen Ministerpräsidenten Göran Persson am 16. 9. 1997) »Die Zusammenarbeit mit der NATO umfaßt jedoch nicht die Verteidigung unseres Territoriums. Schwedens militärische Bündnisfreiheit, mit dem Ziel, daß unser Land im Falle eines Krieges in unserem Nahbereich neutral sein kann, bleibt bestehen. Schweden hat als militärisch bündnisfreies Land mit einem starken Engagement für die UNO immer zwischen der Verteidigung des

land<sup>15</sup> bleiben bündnisfrei. Ebenso werden die Schweiz und Malta<sup>16</sup> auch im Falle einer EU-Mitgliedschaft ihre Neutralität keinesfalls aufgeben. Osteuropäische Staaten könnten diesem Beispiel folgen und selbst bei einem EU-Beitritt bündnisfrei bleiben. Die Zahl der Nicht-NATO-Mitgliedsländer innerhalb der EU wird sich also in nächster Zeit nicht verringern, sondern eher vergrößern – ein deutliches Indiz dafür, daß die Kurzformel: gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU = NATO-Bündnispolitik obsolet ist.<sup>17</sup> Vielmehr bekommen die Befürworter einer koordinierten eigenständigen europäischen Friedenspolitik Auftrieb, in der auch nicht-paktgebundene Staaten ihren Platz und ihre Bedeutung haben. Daraus entsteht eine völlig neue Bedeutung für Neutralität und Bündnisfreiheit im sich einigenden Europa, die eine Neuinterpretation und -gestaltung dieser Instrumente erfordert.

Was ist nun das Spezifische einer zeitgemäßen Neutralitätspolitik, und was macht ihre Besonderheit in der neuen Sicherheitsarchitektur Europas in Zukunft aus? Da ist zunächst ein grundsätzlicher Wandel im Neutralitätsverständnis. Während die klassisch-konservative Auffassung von Neutralität sich im Kern auf das Kriegsrecht und das Prinzip beschränkt, »an Kriegshandlungen weder teilzunehmen noch kriegführende Parteien in irgendeiner Weise zu bevorzugen oder zu benachteiligen«,<sup>18</sup> also ein stark passives Verhalten in den internationalen Beziehungen impliziert (historisches Musterbeispiel Schweiz), so hat sich diese traditionelle Einstellung

eigenen Territoriums und den Friedensoperationen im Auftrag der UNO unterschieden. Diese deutliche Unterscheidung bleibt bestehen und stellt eine Basis unserer Zusammenarbeit mit der NATO dar.« (Regierungserklärung anlässlich der außenpolitischen Debatte im Reichstag am 11. 2. 1998).

15 Vgl. z. B. Seppo Zetterberg: *Finland after 1917*, Helsinki 1995, S. 137ff.  
16 So stellte etwa der Außenminister Maltas George W. Vella vor der Schweizer Gesellschaft für Außenpolitik am 22. 4. 1997 in Genf fest: »Consequently, in the same manner that it was appropriate and beneficial for Switzerland, as well as for other neutral states such as Austria and Sweden, to pursue a policy of neutrality in Cold War Europe, the same can be applied to Malta given the ›Cold War‹ atmosphere that continues to dominate contemporary international relations of the Mediterranean.«

17 Daß dieses Faktum innerhalb der EU bewußt oder unbewußt weitestgehend ignoriert wird, bestätigt einmal mehr Krippendorffs These vom Ungenügen der traditionellen Politik und der notorischen Blindheit der politischen Klasse.

18 Stephan Nonhoff: *In der Neutralität verhungern?*, a. a. O., S. 29.

vor allem unter skandinavischem Einfluß und Vorbild maßgeblich gewandelt (Musterbeispiel Schweden). Schweden und Finnland, später auch Österreich und in jüngster Zeit sogar die Schweiz sahen und sehen ihre militärische und politische Bündnisfreiheit und ihre ideologische Ungebundenheit im Ost-West-, aber auch im Nord-Süd-Konflikt als eine Verpflichtung zu vermittelndem, ausgleichendem und solidarischem *aktiven* Handeln. Aus diesem Verständnis ist auch das herausragende Engagement dieser Staaten im Rahmen der Vereinten Nationen, in Menschenrechts-Angelegenheiten, im Nord-Süd-Verhältnis und im Rahmen des KSZE-Prozesses und der heutigen OSZE-Politik<sup>19</sup> abzuleiten. Diese vor allem von sozialdemokratischen Politikern maßgeblich geprägte aktive Teilhabe am internationalen Geschehen<sup>20</sup> wird als präventive Maßnahme für Entspannung und Friedenssicherung gesehen, getragen von der Grundüberzeugung, daß so am besten Vorsorge getroffen werde, den klassischen »Neutralitätsfall« gar nicht erst eintreten zu lassen.

Obwohl die *österreichische* Neutralität ursprünglich nach Schweizer Vorbild konzipiert war, übernahm die österreichische Außenpolitik, insbesondere in den 70er Jahren unter Bruno Kreisky, das skandinavische Modell als das zeitgemäßere und überzeugendere. So waren es dann gerade Finnland, Schweden und Österreich, die in den 80er Jahren den KSZE-Prozeß entscheidend mitgestalteten und oftmals gemeinsam mit anderen *Non-Aligned-Countries* (zusammen N+N-Gruppe) vermittelnd eingriffen und so Blockaden und Pattsituationen überwinden halfen.

Heute empfiehlt selbst die vom »Eidgenössischen Militärdepartement« eingesetzte »Studienkommission für strategische Fragen« (sog. Brunner-Bericht), die Schweizer Neutralität »flexibel und pragmatisch anzuwenden«, und verlangt ein viel stärkeres internationales Engagement vor allem auf europäischer Ebene. Sie geht davon aus, daß »mit größter Wahrscheinlichkeit die uns um-

19 Vgl. die besondere Würdigung der Rolle der Neutralen innerhalb der OSZE durch deren Generalsekretär Gianfranco Aragona während der Enquete »Die Zukunft der Neutralität« an der Karl-Franzens-Universität Graz, in: *Die Presse*, Wien, 14. 5. 1998.

20 Erfolgreiche Beispiele sind in jüngster Zeit u. a. das Engagement des ehemaligen österreichischen Bundeskanzlers Franz Vranitzky in Albanien, das schwedischer Politiker in Bosnien oder das von Schweizer Diplomaten in Tschetschenien.

gebenden Staaten keine bewaffneten Konflikte beginnen und die Schweiz nicht angreifen« werden.<sup>21</sup> Die Kommission mißt vielmehr anderen Gefahren auf internationaler Ebene Bedrohungscharakter zu, nämlich »Terrorismus, organisierte[m] Verbrechen, elektronische[r] Kriegsführung [...]«, denen mit anderen Mitteln als einer starken nationalen Armee und passiver Neutralität begegnet werden muß.

Auch renommierte Schweizer Wissenschaftler konstatieren eine deutliche Veränderung im eidgenössischen Neutralitätsverständnis. So vertritt z. B. der Zürcher Politikwissenschaftler Daniel Thürer die Ansicht: »Das vom Bundesrat vertretene Restkonzept der Neutralität legt [...] neue Felder und Ziele der Außenpolitik frei für eine aktive, sachgerechte und offene Mitgestaltung der internationalen Beziehungen. Hier wird der Neutralitätsgedanke fortleben und im Ausland gewiß auch geschätzt werden als der besondere außenpolitische Stil, mit dem sich die Schweiz um Eigenständigkeit, Objektivität, Sachlichkeit, Nichteinmischung und universelle Disponibilität bemüht.«<sup>22</sup>

Aus dem aktuellen Wandel des Neutralitätsverständnisses in all diesen Ländern resultiert nun eine neue Form der Neutralitätspolitik. Neutralität wird nicht mehr in erster Linie gesehen als eine Sonderform des kriegs- und völkerrechtlichen Verhaltens angesichts potentieller oder tatsächlicher militärischer Konflikte, sondern – da die Wahrscheinlichkeit kriegerischer Übergriffe in Europa gegen Null gesunken ist – vielmehr als Chance und Aufgabe, als nicht-blockgebundene Staaten nicht länger passiv abseits zu stehen, sondern vielmehr dynamisch an der Weiterentwicklung einer neuen europäischen, aber auch weltweiten Friedensordnung mitzuwirken. Dazu gehört das spezifische Angebot der Neutralen in Form von Vermittlerdiensten, Friedensmissionen, internationalem Krisenmanagement sowie ein verstärktes Engagement im Rahmen der OSZE, der UNO, des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes und ähnlicher humanitärer und friedensstiftender Einrichtungen.

Traditionelle Sicherheitspolitik wandelt sich so zu einer echten Friedenspolitik. Die Außenpolitik dieser Staaten entledigt sich jeder Form individueller Drohpolitik und der damit verbundenen

reziproken Bedrohungsszenarien. Daraus entsteht in logischer Konsequenz die historische Option, aus der allgemeinen Militärlogik ein- für allemal auszusteigen und die eigene Armee aufzulösen.

Sowohl die Schweiz als auch Österreich wären schon heute dazu in der Lage. In der Schweiz, einem Land, »von lauter Freunden umzingelt«,<sup>23</sup> könnte dies aufgrund des Instituts der direkten Demokratie in einer einfachen Volksabstimmung von heute auf morgen verbindliche Realität werden, aber auch in Österreich verbessern sich die Chancen auf eine diesbezügliche Mehrheitsfindung durch die geplante EU- und NATO-Ost-Erweiterung, da dann alle östlichen Nachbarn mit Ausnahme der Slowakei zur westlichen Allianz gehören werden. Sogar unter Annahme eines *worst case* ist dann auch hier von seiten eines Nachbarlandes keinerlei Bedrohung auszumachen. Ähnliches gilt auch für Malta, Irland und Schweden, und selbst Finnland scheint dafür prädestiniert zu sein, nachdem sich dieses Modell bei den anderen Neutralen bewährt haben wird.

Die aus dem Militärverzicht freiwerdenden Budgetmittel könnten einerseits für Programme zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Armut und sozialer Ungleichheit im Inneren – also im Bereich der inneren Sicherheit – und andererseits für konkrete Friedensprogramme und -maßnahmen, insbesondere für Mediation, zivile Friedensdienste und internationale Hilfs- und Katastrophenprogramme zielgerichtet eingesetzt werden. Diese Staaten würden also auch innerhalb der EU eine humanitäre Sonder- und Vorreiterrolle in friedensstiftender und friedenserhaltender Hinsicht übernehmen und das internationale Ansehen Europas wesentlich stärken. Sie entwickelten sich so zu »Friedensstaaten« und wären allein schon dadurch besser geschützt als durch eigene Armeen.

Durch ihren völlig gewaltfreien völkerrechtlichen Status werden sie nämlich »sicherer«, da von ihnen keinerlei militärische Bedrohung ausgehen kann. Dadurch entsteht um diese Staaten eine Art »moralischer Schutzschild«. Jede Form einer aggressiven Haltung bzw. Handlung gegenüber einem »Friedensstaat« würde weltweite Ächtung hervorrufen. Selbst wenn ein solcher in der Tat unvorstellbarer Fall eintreten würde, käme es mit Sicherheit zu unmittel-

21 Bericht der Studienkommission für strategische Fragen, Bern, 26. 2. 1998.

22 Daniel Thürer: »Vom Sinn der Neutralität heute«, *Neue Zürcher Zeitung*, 26. 6. 1998.

23 So Ursula Koch, die Vorsitzende der Schweizer Sozialdemokraten, in ihrem Beitrag bei der Enquete *Die Zukunft der Neutralität*, Graz 13.-16. 5. 1998.

baren kollektiven Aktionen und Schutzmaßnahmen. Es muß daher gerade im Interesse dieser Staaten liegen, neue Formen kollektiver Sicherheit auf Weltebene, insbesondere auch durch Ausbau, Reform und Demokratisierung der Vereinten Nationen voranzutreiben.

Mehrere militärfreie Länder sind darüber hinaus in der Lage, als völlig bedrohungsfreie Staaten sogenannte *entmilitarisierte Friedenszonen* in Europa zu bilden.<sup>24</sup> Die Verwirklichung solcher umfassender Friedenszonen hätte zwangsläufig auch stimulierende Wirkung auf Anrainerstaaten, da diese durch das völlig abhanden gekommene Bedrohungspotential seitens zumindest eines ihrer Nachbarn hohe Militär- und Rüstungsausgaben nicht mehr rechtfertigen könnten. Der damit verbundene Domino-Effekt auf andere Länder hätte eine spürbare Abrüstung zur Folge. Krippendorffs große Vision einer militärfreien Gesellschaft als Überlebensstrategie für die Menschheit könnte so zunächst beispielhaft in den neutralen Ländern Europas Realität werden, um später in immer größeren Teilen innerhalb und außerhalb Europas zu einer substantiellen Demilitarisierung zu führen.

<sup>24</sup> Vgl. auch das ausführliche Konzept weltweiter Friedenszonen des US-Friedensforschers Ramon Lopez-Reyes, *International Center for the Study and Promotion of Zones of Peace in the World*, Hawaii; u. a.: »Zones of Peace in Europe«, Paper presented at the Conference on *The Future of Neutrality in Graz, Austria*; 13-16 June 1998, oder: »Toward a Central European Zone of Peaceful Cooperation.« Paper presented at the *International Peace Research Association Conference* in Brisbane, Australia, 8-12 July 1996.

Wolfram Wette

Weißer Raben.

## Profile pazifistischer Offiziere 1871-1933

Die militaristische Traditionslinie drückte der Geschichte des ersten deutschen Nationalstaats zwischen 1871 und 1945 ihren Stempel auf. Ihr stand eine pazifistische gegenüber, die im Hinblick auf ihre machtpolitischen Möglichkeiten eher randständig blieb.<sup>1</sup> Kaum bekannt ist, daß selbst aus dem geschlossenen militärischen Milieu mit seinem bellizistischen Gepräge »weiße Raben« kamen. Damit sind Menschen gemeint, die sich aufgrund bestimmter Ereignisse, Einsichten oder Vorbilder von der vorherrschenden kriegerischen Ideologie und Mentalität lossagten und sich pazifistischen Positionen annäherten. Einige von ihnen wirkten als – in der Regel prominente, weil mit militärischem Sachverstand ausgestattet – Vorkämpfer der zeitgenössischen Friedensbewegung.

Keinem von ihnen war der beschwerliche Weg vom Berufsoffizier zum Kriegsgegner und Pazifisten vorgezeichnet. Ihre soziale Ausgangslage verwies sie vielmehr auf eine Orientierung an den typischen Macht- und Gewaltideologien ihrer Zeit sowie an dem herausgehobenen gesellschaftlichen Prestige, das Offiziere in dem – von militärischen Ordnungsmustern geprägten – deutschen Nationalstaat genossen. Gleichwohl hatten sie die Einsicht und die Kraft, sich aus dieser Umklammerung zu befreien und schließlich gleichsam die Seiten zu wechseln. Ihre Biographien zeigen exemplarische Umwege auf, die unser ganzes Interesse verdienen.

Wie ist es zu dem Meinungswandel dieser Offiziere gekommen? Historikerinnen und Historiker, die sich in einem Projekt der historischen Friedensforschung mit besagten »weißen Raben« beschäftigt haben, sind dieser Frage nachgegangen. Die auf den ersten Blick irritierende und widersprüchliche Formulierung »pazifistische Offiziere« wurde bewußt gewählt. Sie soll zum Ausdruck bringen, daß diese Persönlichkeiten in einer ersten Phase ihres Lebens intensiv durch das militärische Milieu geprägt wurden, dann

<sup>1</sup> Vgl. die Überblicksdarstellungen von Dieter Riesenberger: *Geschichte der Friedensbewegung in Deutschland. Von den Anfängen bis 1933*, Göttingen 1985, und Karl Holl: *Pazifismus in Deutschland*, Frankfurt/M. 1988.